

Aide-Mémoire aus Anlass des Gespräches

mit Außenminister Johann Wadephul am 10. Dezember 2025

Länderthema: Ecuador
Organisation: Misereor, FIAN, Brot für die Welt
Beschreibung der Menschenrechtsproblematik Seit mehreren Jahren befindet sich Ecuador in einer eskalierenden Spirale krimineller Gewalt, was es zu einem der unsichersten Länder Lateinamerikas gemacht hat. Im Jahr 2024 erreichte Ecuador die höchste Mordrate der Region mit rund 39 Tötungsdelikten pro 100.000 Einwohner. Im ersten Halbjahr 2025 wurden im Vergleich zum Vorjahr 47 % mehr Morde verzeichnet. Im Januar 2024 rief Präsident Noboa den Zustand eines „inneren bewaffneten Konflikts“ aus, erklärte 22 kriminelle Banden zu terroristischen Gruppierungen und schickte das Militär in den Kampf gegen das Verbrechen. Seitdem befindet sich das Land in andauernden Ausnahmezuständen, mit der daraus folgenden Aussetzung von Rechten und Freiheiten und einer anhaltenden Militarisierung. Eine dauerhafte Stabilisierung der Sicherheitslage gelang mit Armeeinsätzen, Notstandsdekreten und Massenverhaftungen bislang nicht. Dieser Anstieg der Gewalt findet vor dem Hintergrund zunehmender Armut (26 % auf nationaler Ebene und 43 % in ländlichen Gebieten) und Ernährungsunsicherheit statt, mit 2,5 Millionen Menschen, die Hunger leiden.
Gewalt und Situation in den Gefängnissen Im Zuge der Sicherheitsoperationen gibt es zahlreiche Berichte über Menschenrechtsverletzungen, darunter Tausende von Verhaftungen ohne ordnungsgemäßes Verfahren, Folter und andere Misshandlungen in Gefängnissen sowie außergerichtliche Hinrichtungen und Verschwindenlassen, die den Streitkräften während Sicherheitsoperationen zugeschrieben werden (Amnesty International, Human Rights Watch). In den Gefängnissen fehlt der Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen einschließlich Nahrung, Wasser und Medikamenten, die der Staat für die inhaftierten Personen bereitstellen muss.
Institutionelle Veränderungen und Bedrohung von Umwelt- und Indigenenrechten Seit der Regierungsbildung unter Noboa im April 2025 wurden rasche und tiefgreifende Veränderungen in den ecuadorianischen Institutionen vorangetrieben, die den Zugang zu Rechtsverteidigung bei Menschenrechts- und Naturschützerinnen weiter gefährden. Im Juli 2025 hat Präsident Daniel Noboa per Exekutivdekret Nr. 60 eine umfassende Umstrukturierung der ecuadorianischen Regierung angeordnet. Ministerien, die für die Gewährleistung von Rechten von entscheidender Bedeutung waren, wie das Ministerium für Frauen und Menschenrechte, wurden in das Ministerio de Gobierno (zentrales Ministerium für politische Steuerung) eingegliedert. Das Dekret sieht zudem vor, dass das Ministerium für Umwelt, Wasser und ökologischen Wandel (MAATE) in das Ministerium für Energie und Bergbau überführt wird. Damit entfällt die unabhängige Umweltverträglichkeitsprüfung vor der Vergabe von Bergbaukonzessionen, was den Schutz der Ökosysteme und der betroffenen Gemeinschaften erheblich schwächt und das Risiko von sozio-ökologischen Konflikten erhöht. Diese Entscheidung ist besonders besorgniserregend, da die meisten gefährdeten Menschenrechtsverteidigerinnen im Kontext solcher Konflikte agieren und wiederholt Fälle der Kriminalisierung sozialer Führungspersönlichkeiten dokumentiert wurden, die ihr Recht auf Beteiligung und vorherige Konsultation bei Rohstoffprojekten einfordern.
Anfang August forderte das damalige MAATE mehr als 400 zivilgesellschaftliche Umweltorganisationen auf, innerhalb von 48 Stunden ihre Rechenschaftsberichte und Verwaltungsbilanzen für die letzten drei Jahre vorzulegen – dies geschah einen Tag vor Demonstrationen gegen die Zusammenlegung der Ministerien.
Einschränkung des zivilgesellschaftlichen Raums Die ecuadorianische Regierung hat eine Reihe von Gesetzen vorgelegt, die den zivilgesellschaftlichen Raum einschränken und die Arbeit sozialer, Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen behindern. Sie werden als „dringende Wirtschaftsgesetze“ deklariert und verpflichten die Nationalversammlung, sie innerhalb von maximal 30 Tagen ohne breite Debatte oder Bürgerbeteiligung zu verabschieden. Besonders hervorzuheben ist das „organische Gesetz zur Kontrolle irregulärer Kapitalströme“, das jetzt als Gesetz über soziale Transparenz bezeichnet wird und alle Organisationen ohne Erwerbszweck (z.B. NGOs, Stiftungen, Vereine) betrifft. Das Gesetz bringt zivilgesellschaftliche Organisationen in seiner Begründung formell mit terroristischen oder illegalen Aktivitäten in Verbindung und ermöglicht Mechanismen für deren Auflösung, die Beschlagnahme von Vermögenswerten und die Einmischung in die Finanzierung sowie die Schaffung neuer Straftatbestände, die darauf abzielen, solche Gruppen zu kriminalisieren, die als territoriale Verteidigung oder anti-extraktive Gruppen interpretiert werden können. Solche Bestimmungen gefährden die Sicherheit derjenigen, die die Menschenrechte und die Natur verteidigen, indem sie einen Rahmen schaffen, der ihre Kriminalisierung und Stigmatisierung begünstigt, und verletzen die Vereinigungsfreiheit und das Recht auf Teilnahme an öffentlichen Angelegenheiten.

Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger*innen und indigenen Gemeinschaften

Das sog. Solidaritätsgesetz ist seit Juni 2025 in Kraft und schafft ein spezielles Rechtssystem für den Umgang mit internen bewaffneten Konflikten. Dabei werden Widerstandsgruppen betroffener Gemeinschaften als „organisierte bewaffnete Gruppen“ anerkannt, ohne klar zwischen legitimen Gemeinschaftsorganisationen und bewaffneten Strukturen, die mit organisierter Kriminalität in Verbindung stehen, zu unterscheiden. Diese Unklarheit könnte zur Kriminalisierung Indigener Völker und bürgerlicher Gemeinschaften führen, die ihr verfassungsmäßiges Recht auf Widerstand (Art. 98) ausüben, um ihre Gebiete gegen extractive Aktivitäten oder Bedrohungen ihrer kollektiven Rechte zu verteidigen.

Angriff auf die Justiz

Angesichts der Aussetzung mehrerer von der Regierung vorangetriebener Gesetzesvorhaben seitens des Verfassungsgerichtes aufgrund darin enthaltener Verfassungswidrigkeiten, hat Präsident Noboa die Justiz und insbesondere die Richter*innen des Verfassungsgerichts öffentlich als „Feinde des Volkes“ bezeichnet und eine Kampagne zur Kriminalisierung und Diskreditierung gegen sie gestartet. Bis heute hat die Regierung mehrere Protestmärsche gegen das Verfassungsgericht organisiert, bei denen sie Bilder und Namen der Richter*innen öffentlich machte und sie damit in Gefahr brachte. Diese Schikanierung der Justiz durch die Exekutive wurde von internationalen Organisationen verurteilt und als Angriff auf die Unabhängigkeit der Justiz bewertet.

Angriffe auf Presse- und Meinungsfreiheit

Die Bedrohung durch kriminelle Gewalt und politischer Druck haben die Arbeit von Journalist*innen in den letzten Jahren zunehmend eingeschränkt. Die Angriffe auf die Meinungs- und Pressefreiheit nehmen deutlich zu, darunter stigmatisierende Meinungsäußerungen, verbale Angriffe auf Journalist*innen und Morddrohungen. Es gibt mehrere dokumentierte Fälle von Journalist*innen, die 2025 aus Ecuador ins Exil gegangen sind, insbesondere aufgrund von Bedrohungen durch das organisierte Verbrechen und fehlendem staatlichen Schutz.

Konkrete Anfragen bzw. Empfehlungen an die Bundesregierung

Wir bitten die Bundesregierung,

- sich im Dialog mit der ecuadorianischen Regierung dafür einzusetzen, die Sicherheitspolitik Ecuadors in Einklang mit internationalen Menschenrechtsstandards zu bringen.
- gegenüber der ecuadorianischen Regierung tiefe Besorgnis über die Verabschiedung des Exekutivdekrets Nr. 60 (Fusion und Reduzierung von Ministerien) zum Ausdruck zu bringen, da es eine Aushöhlung des Rechtsschutzes, einen schweren Rückschlag im Kampf für die Gleichstellung der Geschlechter und eine direkte Bedrohung für Menschenrechtsverteidiger*innen bedeutet. Darüber hinaus widerspricht dieses Vorgehen dem von Ecuador ratifizierten Escazú-Abkommen über den Zugang zu Umweltinformationen, die Bürgerbeteiligung an Umweltentscheidungen und den Zugang zu Umweltgerechtigkeit.
- ihre Besorgnis zudem über das „organische Gesetz zur Kontrolle irregulärer Kapitalströme“ und die damit verbundenen Einschränkungen zivilgesellschaftlicher Organisationen gegenüber der ecuadorianischen Regierung zum Ausdruck bringen. Die Auswirkungen dieses Gesetzes auf die Rolle der Bundesregierung als Kooperationspartner in Ecuador sollten bewertet und der ecuadorianischen Regierung sowie der Nationalversammlung die möglichen Auswirkungen und Folgen für die Zusammenarbeit klar vermittelt werden.
- insbesondere die Überprüfung der Auswirkungen, die dieses Gesetzes im Rahmen des Handelsabkommens zwischen der EU und der Andenregion haben könnte, im Hinblick auf Artikel 1, der die Achtung der demokratischen Grundsätze und der grundlegenden Menschenrechte als wesentliches Element anerkennt gegenüber der ecuadorianischen Regierung anzusprechen. Die Durchführung der Gesetzesbestimmung würde einen starken Rückschritt im Bereich der Menschenrechte und eine Aushöhlung dieser demokratischen Grundsätze bedeuten, was die Eignung Ecuadors als Partner in diesem Handelsabkommen in Frage stellt.

<https://www.frontlinedefenders.org/en/statement-report/ecuador-right-defend-rights-risk-under-president-daniel-noboas-government>

<https://www.amnestyusa.org/press-releases/ecuador-one-year-into-his-term-president-noboa-must-avoid-abuses-and-opacity-in-security-policies/>

<https://www.hrw.org/world-report/2025/country-chapters/ecuador>